

# PARTEI PROGRAMM SP GRAUBÜNDEN



# PARTEIGROGRAMM SP GRAUBÜNDEN

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
<b>1. Graubünden – sozial gerecht, ökologisch, demokratisch.....</b>	<b>2</b>
<b>2. Ein gutes Leben für alle – gerecht, gesund, bezahlbar.....</b>	<b>3</b>
Bezahlbarer Wohnraum.....	3
Gesundheit.....	4
Starker Sozialstaat.....	4
Gerechte Finanz- und Steuerpolitik.....	5
Wirtschaft für alle.....	5
<b>3. Sozial gerechter Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und Biodiversität.....</b>	<b>6</b>
Energie und Technologie.....	6
Gebäude und Raumplanung.....	6
Verkehr und Mobilität.....	7
Natur- und Ressourcenschutz.....	7
<b>4. Chancengleichheit sichern, Vielfalt leben, Demokratie stärken.....</b>	<b>8</b>
Bildung.....	8
Kultur und Sprache.....	9
Gleichstellung, Schutz und Inklusion.....	9
Demokratie und Transparenz.....	10
<b>5. Unsere Errungenschaften und unsere Geschichte.....</b>	<b>11</b>

# VORWORT

Liebe Genoss:innen  
Liebe Interessierte

Ihr lest das Parteiprogramm der SP Graubünden. Es soll euch vermitteln, welche Herausforderungen wir in den nächsten Jahren für unseren Kanton sehen – und wie wir sie angehen möchten. Es soll aufzeigen, für welche Ideale wir stehen und wie wir diese im politischen Alltag umsetzen.

Wir haben das Parteiprogramm unter Mitarbeit der Mitglieder erarbeitet und am Parteitag vom 26. April 2025 gemeinsam verabschiedet.

Wir möchten Graubünden sozial gerecht, ökologisch und demokratisch gestalten. Die Einleitung fasst das Parteiprogramm kurz zusammen. In den folgenden Kapiteln schildert das Programm die Ausgangslage, dann unsere Ansprüche an Graubünden. Und zuletzt: konkrete politische Vorhaben, um diese Ansprüche in die Tat umzusetzen. Im Schlusskapitel bringen wir euch unsere bisherigen Errungenschaften und unsere Geschichte näher.

Wir hoffen, dass euch die Lektüre ermöglicht, unsere Partei besser zu verstehen. Und dass sie euch in eurem Engagement für eine sozial gerechte, ökologische und demokratische Welt bestärkt.

Eure SP Graubünden

# 1. GRAUBÜNDEN – SOZIAL GERECHT, ÖKOLOGISCH, DEMOKRATISCH

Wir erleben eine Zeit der weltweiten Krisen. Einerseits fordern unkontrollierte Konzerne, Autokratien und unverhohlener Neofaschismus die demokratischen Gesellschaften in ihren Grundwerten heraus: Freiheit, Gleichheit und gesellschaftliche Solidarität sind überall in Gefahr. Andererseits ist die Klimakrise ungelöst, sie bedroht ganze Ökosysteme und damit die Lebensgrundlage der Menschheit.

Was ist unsere Antwort auf diese globalen Krisen? Wir engagieren uns ganz konkret, beginnend in unseren Gemeinden und Talschaften, im Kanton Graubünden. In der Partei und darüber hinaus. Und tragen dieses Engagement auf alle staatlichen und überstaatlichen Ebenen. Wir verteidigen ein demokratisches, offenes und geeintes Europa mit globaler Perspektive. Wir glauben an unsere Werte der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit. Wir leben sie im Alltag und in der Politik und stützen uns dabei auf die Erkenntnisse der Wissenschaften. Die Gestaltungsmacht liegt in unserer Hand. Unsere Antwort auf die globalen Krisen ist die Sozialdemokratie.

Graubünden ist ein Kanton voller Möglichkeiten. Die SP Graubünden will die Herausforderungen unserer Zeit entschlossen anpacken, den Kanton aktiv gestalten und neue Wege für unsere Zukunft aufzeigen. Das ist dringend nötig, gerade in einem Kanton, dessen Demografie besonders stark von Alterung und Abwanderung geprägt ist. Unsere Vision ist ein sozial gerechtes, ökologisches und demokratisches Graubünden für alle.

## **Sozial gerecht**

Wir streben eine Gesellschaft an, in der alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, Identität oder Lebensrealität – die gleichen Chancen auf ein würdevolles Leben haben. Für die SP Graubünden heisst das: die Kaufkraft der Menschen stärken, den Service Public ausbauen und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Privilegien für Superreiche, Diskriminierung und Sozialabbau haben in einem gerechten Graubünden keinen Platz. Stattdessen wollen wir durch gezielte Rückverteilung für eine gerechtere Vermögensverteilung sorgen und kämpfen für eine inklusive Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die alle mitnimmt, ist besser gewappnet gegen Faschismus und Autokratie.

## **Ökologisch**

Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit – und Graubünden muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Dazu braucht es einen Umbau der Gesamtwirtschaft. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es weiterhin massive Investitionen in erneuerbare Energien und eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz. Gleichzeitig müssen wir den öffentlichen Verkehr stärken, um die Verkehrswende voranzutreiben. Eine nachhaltige Raumplanung sowie eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft sind entscheidend, um unsere alpinen Kultur- und Naturlandschaften zu erhalten und Graubünden zukunftsfähig zu machen. Ein klimaneutraler Kanton bedeutet nicht nur aktiven Umweltschutz, sondern auch neue Arbeitsplätze und langfristige Perspektiven für kommende Generationen. Die Finanzierung des Klimaschutzes muss dabei sozial gerecht sein. Es sollen insbesondere diejenigen dafür bezahlen, die am meisten zur Klimakrise beigetragen haben.

## **Demokratisch**

Bildung ist Grundlage der Demokratie – sie kräftigt uns als Gemeinschaft und als Individuen, sie ist die wichtigste Ressource Graubündens. Unsere vielfältige Kultur und die Mehrsprachigkeit sind der gesellschaftliche Kitt, dem wir Sorge tragen müssen. Die Errungenschaften in Sachen Gleichstellung, Inklusion und Feminismus verteidigen wir – und wir bauen sie aus. Die Institutionen müssen ein Abbild der Gesellschaft sein. Die SP Graubünden setzt sich deshalb für eine noch stärkere Demokratisierung des Kantons ein. Mit weniger, dafür leistungsfähigeren Gemeinden. Mit grösseren Regionen als Wahlkreisen. Wir fordern einen gezielten Ausbau der Volksrechte – durch die Einführung des Stimmrechts für Niedergelassene und die Demokratisierung der Wirtschaft.

## 2. EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE – GERECHT, GESUND, BEZAHLBAR

**Die Ausgangslage:** Die Schweiz und Graubünden haben über die letzten Jahre erlebt, wie die breite Bevölkerung an Kaufkraft verliert. Vor allem steigende Wohnkosten machen uns das Leben schwer. Das Gesundheitswesen wird immer teurer, und zugleich ist die Versorgung in den Talschaften in Frage gestellt. Unser relativer Wohlstand darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie viele Menschen armutsgefährdet sind und wie ungerecht dieser Wohlstand verteilt ist.

**Unser Anspruch:** Die soziale Grundversorgung muss garantieren, dass alle Menschen die notwendigen Ressourcen für ein würdevolles Leben erhalten. Gerade in Zeiten sozialer und wirtschaftlicher Krisen ist es entscheidend, solidarische Strukturen zu stärken und die Kaufkraft zu erhöhen. Insbesondere braucht es dringend Massnahmen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – durch eine aktive Bodenpolitik, einen Wohnraumfonds und den Schutz von Erstwohnraum.

Ein lebenswerter Kanton braucht ein leistungsfähiges und menschnahes Gesundheitswesen in allen Regionen. Ein starkes Gesundheitswesen wiederum lebt von attraktiven Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen.

Für einen zukunftsfähigen, gerechten und lebenswerten Kanton brauchen wir in allen Branchen mehr sichere Arbeitsplätze mit fairen Löhnen. Wir brauchen eine starke öffentliche Hand, die durch eine gerechte Steuerpolitik handlungsfähig bleibt.

**Unsere Politik:**

### BEZAHLBARER WOHNRAUM

- 1. Kantonaler Wohnraumfonds:** Wir müssen bezahlbaren Erstwohnraum langfristig sichern und dazu gemeinnützige Wohnbauträgerschaften fördern. Zu deren Unterstützung braucht es einen kantonalen Wohnraumfonds, den der Kanton anfänglich mit mindestens 100 Millionen Franken füllt und nachhaltig speist.
- 2. Schutz von Erstwohnungen:** Die Umnutzung altrechtlicher Wohnungen von Erst- in Zweitwohnungen schreitet ungebremst voran. Der Kanton muss Massnahmen ergreifen, um den Verlust von bezahlbarem Wohnraum für die Bündner Bevölkerung zu stoppen. Unsere Dorfzentren dürfen nicht weiter aussterben.
- 3. Land für Erstwohnungen:** Kanton und Gemeinden müssen die Verfügbarkeit von Bauland für Einheimische sichern. Dazu müssen sie Zonen für Erstwohnraum ausscheiden. Zudem braucht es eine gemeinsame Offensive für Bodenerwerb durch Kanton und Gemeinden.
- 4. Gemeinnütziges Wohnen:** Genossenschaften und andere gemeinnützige Wohnbauträgerschaften schaffen langfristig bezahlbaren Wohnraum – unabhängig von Marktlogik und Spekulation. Ihre Rolle muss gezielt gestärkt werden, etwa durch erleichterten Zugang zu Bauland und finanzielle Unterstützung bei Planung und Bau.

# GESUNDHEIT

- 1. Starke Gesundheitsversorgungsregionen:** Wir wollen die Gesundheitsversorgungsregionen weiterentwickeln. Das oberste Ziel ist die Gewährleistung der dezentralen Grundversorgung und deren langfristige Finanzierung. In den Regionen soll das gesamte Angebot "von der Wiege bis zur Bahre" aus einer Hand stammen: Spital, Spitex, Alters- und Pflegeheime, Elternberatung, Case Management usw.
- 2. Case-Management:** Graubünden braucht ein flächendeckendes Case-Management, um Menschen durch das Gesundheitssystem zu begleiten und die Versorgung an ihre spezifischen Bedürfnisse anzupassen. Durch diese koordinierte Versorgung und vernetzte Gesundheits- und Sozialdienste sichern wir eine lückenlose, effiziente und bedarfsgerechte Unterstützung.
- 3. Psychische Gesundheit:** Der Kanton soll den dezentralen Zugang zu Therapieplätzen und Präventionsangebote bedarfsgerecht ausbauen und niederschwellige Anlaufstellen schaffen. Das verkürzt Wartezeiten.
- 4. Patient:innen und Angehörige stärken:** Care-Arbeit ist eine wichtige Stütze unseres Gesundheitssystems. Zur besseren Anerkennung von Care-Arbeit braucht es finanzielle Entschädigung und Entlastungsangebote für pflegende und betreuende Angehörige.
- 5. Innovation und Prävention:** Neue Ansätze, wie Telemedizin, Walk-in-Soforthilfepraxen und mobile interprofessionelle Teams oder die Anerkennung neuer Ausbildungen, wollen wir fördern. Der Kanton und die Gemeinden müssen altersgruppenspezifische Präventionsprogramme und Massnahmen zur Gesundheitsförderung vorantreiben, um physischen und psychischen Krankheiten vorzubeugen.
- 6. Attraktive Gesundheitsberufe:** Der Kanton muss die Aus- und Weiterbildung in allen Gesundheitsberufen stärken. Kanton und Gemeinden als Träger der Institutionen sollen diese unterstützen bei der Gewährleistung von attraktiven Arbeitsbedingungen. Zusätzlich braucht es eine stärkere Sozialpartnerschaft mit Gesamtarbeitsverträgen auch im Gesundheitswesen.

# STARKER SOZIALSTAAT

- 1. Armut bekämpfen:** Wir fordern, dass der Kanton fundierte Daten zur Armut erhebt. Er muss Massnahmen ergreifen, um Armut früh zu erkennen und sie präventiv zu verhindern – insbesondere zugunsten von Kindern und Jugendlichen, alleinerziehenden Müttern und älteren Menschen.
- 2. Familien stärken:** Familie muss Chance statt Risiko sein. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien sowie bezahlbare und einfach zugängliche Kinderbetreuungsplätze. Ausserdem braucht es genügend Beratungs- und Unterstützungsangebote.
- 3. Entwicklungsmöglichkeiten für alle:** Weiterbildungs- und Umschulungsangebote müssen bezahlbar sein. Um ein selbstbestimmtes Leben zu fördern, braucht es noch mehr individualisierte Programme zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.
- 4. Stipendienwesen ausbauen:** Wir fordern eine markante Erhöhung der Stipendien. Schaffen wir bei Stipendienzahlungen die Altersgrenze und die Mindestaufenthaltsdauer für neu Zugezogene ab.
- 5. Migration als Chance:** Angesichts der demografischen Entwicklung – niedrige Geburtenrate, Abwanderung und Alterung – ist Graubünden auf Zuwanderung angewiesen. Entsprechend sollte diese gefördert und nicht behindert werden. Dazu gehört der chancengerechte Zugang zu Bildung und Weiterbildung, zum Arbeitsmarkt und zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie der Abbau struktureller Diskriminierung.
- 6. Menschliches Asylwesen:** Die Bedingungen im Asylwesen müssen deutlich verbessert werden. Es sind genügend Unterbringungsmöglichkeiten an zugänglichen Standorten zu schaffen, die den Bedürfnissen der Menschen (z. B. Familien mit Kindern oder unbegleiteten Minderjährigen) gerecht werden. Ausserdem ist die Nothilfe für abgewiesene Asylsuchende zu erhöhen.
- 7. Wege aus der Sucht:** Wir fordern präventive, aufsuchende, therapeutische und schadensmindernde Massnahmen im Suchtbereich. Dazu gehören spezifische Nacht- und Tagesstrukturen, ein bedingungsloses Wohnangebot sowie Möglichkeiten für den geschützten Konsum. Betroffene dürfen nicht weiter kriminalisiert und somit einer noch härteren Repression ausgesetzt werden.

- 8. Wirksame Alterspolitik:** Graubünden ist vom demografischen Wandel durch die gesteigerte Lebenserwartung der Wohnbevölkerung, den Zuzug von Pensionierten und die starke Abwanderung von Erwerbstätigen besonders stark betroffen. Es braucht deshalb im ganzen Kanton differenzierte Wohn- und Betreuungsangebote für ältere Menschen. Es braucht eine integrierte Versorgung, spezialisierte Beratungsstellen und einen vereinfachten sowie gesicherten Zugang zu Ergänzungsleistungen.

## GERECHTE FINANZ- UND STEUERPOLITIK

- 1. Investitionsoffensive:** Der Kanton Graubünden fährt seit Jahren grosse Überschüsse ein und budgetiert gleichzeitig zu konservativ. Die SP fordert eine massive Erhöhung der Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, in Bildung und Weiterbildung, in Innovation, Klimaschutz und in die dezentrale Gesundheitsversorgung.
- 2. Steuerpolitik für alle statt für wenige:** In den vergangenen Jahren haben der Steuerwettbewerb und damit Steuersenkungen für grössere Unternehmen und die Reichsten die Bündner Politik geprägt. Die SP fordert Steuerentlastungen für tiefe und mittlere Einkommen über die Erhöhung des Steuerfreibetrages. Zur gerechten Besteuerung des Grosskapitals befürworten wir die Erhöhung der Erbschaftssteuer, der Kapital- und Vermögenssteuer, der Liegenschaftssteuer und die Erhöhung der Steuern für Grossunternehmen.

## WIRTSCHAFT FÜR ALLE

- 1. Für gerechte Löhne:** Der Kanton Graubünden soll flächendeckend Mindestlöhne einführen und Massnahmen für mehr Lohngleichheit ergreifen. Zu fairen Arbeitsbedingungen gehören auch der Teuerungsausgleich und die Anhebung der mittleren und tiefen Löhne.
- 2. Demokratisierung:** Zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und einer nachhaltigen und gerechten Verteilung von Wohlstand ist die Demokratisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Dazu soll der Kanton alternative Unternehmensmodelle wie Genossenschaften fördern, sich an Infrastrukturprojekten oder wichtigen Unternehmensgründungen beteiligen. Er soll die Einführung von Mitbestimmungsrechten in Unternehmen, etwa durch Betriebsräte oder Mitarbeitendenversammlungen, begünstigen.
- 3. Nachhaltige Wirtschaftsförderung:** Wirtschaftsförderung muss an klare Vorgaben geknüpft werden. Graubünden soll ökologisch und sozial nachhaltige Arbeitsplätze, Branchen und Innovationen stärken.
- 4. Zukunftsfähige Landwirtschaft:** Wir unterstützen die Landwirtschaft auf ihrem Weg zur Klimaneutralität. Gleichzeitig soll in Graubünden die vielseitige und kleinstrukturelle Landwirtschaft gefördert werden. Der Plantahof soll sich zu einem Kompetenzzentrum für klimaneutrale, regenerative, biologische Landwirtschaft entwickeln und so zur Inspiration für den gesamten Alpenraum werden.
- 5. Zukunftsfähiger Tourismus:** Um den für Graubünden wichtigen Tourismus zu sichern, braucht es einen Umbau zu einem ganzjährigen, nachhaltigen und sozial verträglichen Tourismus. Die Förderung schneeunabhängiger Angebote – etwa von Naturparks oder des Kulturtourismus bietet grosse Chancen.

# 3. SOZIAL GERECHTER KLIMASCHUTZ, NACHHALTIGE MOBILITÄT UND BIODIVERSITÄT

**Die Ausgangslage:** Die Klimakrise ist die grösste Bedrohung unserer Zeit. Der Kanton Graubünden ist mit seiner alpinen Landschaft besonders stark betroffen. So stellen uns der drastische Gletscherschwund, tauender Permafrost, die Zerstörung wichtiger Biosphären und heftige Unwetter vor grosse Herausforderungen. Noch stehen unsere Mobilität und die Art, wie wir bauen, zu stark im Konflikt mit der Natur.

**Unser Anspruch:** Zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen führt kein Weg an der baldigen Erreichung der Klimaneutralität vorbei. Unser Ziel ist, Graubünden bis 2040 klimaneutral zu machen. Der Kampf gegen die Klimakrise ist dabei nicht nur eine ökologische Verpflichtung, sondern auch eine Chance. Diese wollen wir packen mit dem von uns aufgelegten Green Deal für Graubünden. Graubünden kann eine Pionierrolle einnehmen durch die Förderung nachhaltiger und zugleich landschaftsschonender Energieproduktion. Dadurch werden wir unabhängiger von autokratischen Regimen. Der Erhalt unserer Ökosysteme ist alternativlos.

Klimaschutz muss dabei immer sozial gerecht sein. Wir schaffen die Energiewende nur, wenn sie für alle finanzierbar ist. Wir brauchen daher massive öffentliche Investitionen insbesondere in den Ausbau erneuerbarer Energien, den öffentlichen Verkehr und klimafreundliches Bauen.

**Unsere Politik:**

## ENERGIE UND TECHNOLOGIE

- 1. Solaroffensive:** Alle geeigneten Dächer und Infrastrukturen sollen mit Solaranlagen ausgestattet werden. Wir unterstützen den Bau alpiner Grossflächenanlagen, wo diese in bereits stark genutzten und gut erschlossenen Gebieten umgesetzt werden können.
- 2. Bündner Wasserkraft:** Wir wollen eine nachhaltige Nutzung der Wasserkraft, ohne unberührte Fließgewässer zu gefährden. Die Heimfall-Strategie muss dafür sorgen, dass die Gewinne im Kanton verbleiben und der Besitz der Anlagen in der öffentlichen Hand liegt.
- 3. Windkraft stärken:** Graubünden soll gezielt auf grosse Windanlagen in der Nähe von Siedlungsgebieten setzen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Gemeinden an den Gewinnen beteiligt werden und die Bevölkerung nicht übermässig von Lärmemissionen betroffen ist.
- 4. Innovation vorantreiben:** Mit Investitionen in die Erforschung und Entwicklung innovativer Speichersysteme kann überschüssige Energie aus den Sommermonaten genutzt werden, um auch im Winter nachhaltige und eigenproduzierte Energie bereitzustellen. Weiter müssen Projekte zur CO<sub>2</sub>-Entfernung und dauerhaften Speicherung gefördert werden.

## GEBÄUDE UND RAUMPLANUNG

- 1. Ausstieg aus fossilen Heizungen:** Bis 2040 wollen wir fossile Heizungen durch klimafreundliche Systeme ersetzen, dazu müssen wir insbesondere den Ausbau von Nahwärmenetzen fördern.
- 2. Klimafreundliches Bauen:** Sanierungsmassnahmen zur besseren Dämmung von Gebäudehüllen müssen vorangetrieben; nachhaltige Baupraktiken gefordert und gefördert werden. Insbesondere soll der Kanton das Bauen im Bestand fördern und den Abrisswahn stoppen.
- 3. Effiziente und umweltschonende Raumplanung:** Siedlungsentwicklung, Energieversorgung und Verkehrsplanung müssen unter klaren Zielvorgaben besser aufeinander abgestimmt und geplant werden.

# VERKEHR UND MOBILITÄT

- 1. ÖV für alle:** Öffentlicher Verkehr muss für alle und im ganzen Kanton zugänglich und attraktiv sein. Dafür braucht es dichtere Fahrpläne, bedarfsgerechte On-Demand-Angebote und mittelfristig einen kostenlosen ÖV. Graubünden soll sich dabei auch auf nationaler Ebene engagieren und eine Vorreiterrolle übernehmen. Mobilität muss klimafreundlich, sozial gerecht und zu einem Angebot werden, das alle nutzen können.
- 2. Güterverkehr auf der Schiene:** Beinahe der ganze Kanton Graubünden ist per Bahn erschlossen. Wir fordern daher eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, um die Strassen zu entlasten und Emissionen zu senken.
- 3. Blechlawinen stoppen:** Der Kanton Graubünden soll Massnahmen ergreifen zur Begrenzung des Ferienverkehrs auf den Hauptverkehrsachsen, um Staus und Ausweichverkehr besonders zu Spitzenzeiten zu vermeiden.
- 4. Nachhaltiger Langsamverkehr:** Zur Förderung klimafreundlicher Freizeitmobilität braucht es einen Ausbau und die Vernetzung der Rad- und Wanderwege.
- 5. Lebenswerte Siedlungen:** Der Kanton soll Anreize schaffen für autofreie Siedlungen und die Reduktion von Pflichtparkplätzen in Städten und dicht besiedelten Gebieten. Graubünden braucht eine Lärmsanierungsoffensive an Haupt- und Kantonsstrassen, um die Lebensqualität im Kanton zu erhöhen und Lebensräume zu schützen.
- 6. Klimaneutraler Verkehr und E-Mobilität:** Um fit für die Zukunft zu sein, braucht es eine Verdichtung der Infrastrukturanlagen für die E-Mobilität und die Förderung von Car-Sharing-Angeboten. Ziel muss der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität sein – mehr ÖV, Velo oder gemeinschaftlich genutzte Fahrzeuge statt mehr Individualverkehr.

# NATUR- UND RESSOURCENSCHUTZ

- 1. Biodiversität stärken:** Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und die Revitalisierung von Biotopen, wie beispielsweise Mooren, sollen die Artenvielfalt in Graubünden sichern und zur CO<sub>2</sub>-Reduktion beitragen. Der Einsatz von Pestiziden muss drastisch reduziert und durch ökologische Alternativen ersetzt werden.
- 2. Landschaftsschutz:** Unsere unverbaute Landschaft ist eine Ressource – ökologisch und touristisch. Unnötige Eingriffe in die Landschaft sind zu vermeiden. Ungebremstes Bauen und Ausbauen ausserhalb der Bauzonen bekämpfen wir.
- 3. Integrales Wassermanagement:** Die Entwicklung regionaler Wassermanagementkonzepte sichert langfristig die Wasserressourcen des Kantons und schützt vor den Folgen des Klimawandels.
- 4. Gesunde Wälder:** Der Wald erfüllt zentrale Funktionen für Mensch und Umwelt: Als Schutzwald, Klimaschützer, Lebensraum für zahlreiche Arten und Erholungsraum. Insbesondere unsere Schutzwälder müssen Siedlungen und Infrastruktur zuverlässig gegen Naturereignisse schützen können. Dafür braucht es eine gezielte Waldverjüngung und mehr Schutz gegen Wildverbiss durch Schalenwild.
- 5. Koexistenz mit Grossraubtieren:** Grossraubtiere wie Wölfe und Luchse sind ein wichtiger Teil unserer Ökosysteme und tragen zur Regulierung von Wildbeständen bei. Ihr Schutz und eine Koexistenz mit der Berglandwirtschaft müssen durch sinnvolle Massnahmen, insbesondere mit einem konsequenten und vor allem gerecht finanzierten Herdenschutz, gewährleistet werden.

# 4. CHANCENGLEICHHEIT SICHERN, VIELFALT LEBEN, DEMOKRATIE STÄRKEN

**Ausgangslage:** Bildung und Kultur sind unter Rentabilitätsdruck und müssen ständig gegen Abbaupläne verteidigt werden. Die Vielseitigkeit und Vielsprachigkeit Graubündens wird zu oft als Last und nicht als Stärke verstanden. Ein konservativer Umschwung stellt liberale und feministische Errungenschaften in Frage. Insgesamt gefährden Desinformation, Ignoranz, Hass und Vorurteile die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

**Unser Anspruch:** Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Die Sozialdemokratie setzt sich für die öffentliche Volksschule ein, die eine Inklusion aller Kinder gewährleistet. Im Zentrum der Bildungspolitik muss die Qualität und Chancengerechtigkeit stehen. Graubünden soll zudem ein attraktiver Hochschulstandort sein.

Kulturelle und sprachliche Vielfalt machen Graubünden einzigartig. Ein breites kulturelles Angebot muss in allen Regionen und für alle Interessierten zugänglich sein, dafür brauchen die Kulturschaffenden finanziellen Spielraum und soziale Absicherung. Die Mehrsprachigkeit leben wir täglich und stärken sie in der Schule sowie in unseren Institutionen.

Eine gerechte und solidarische Gesellschaft muss offen und frei von Hass sein. Wir wehren uns gegen jede Diskriminierung und engagieren uns für mehr Gleichstellung – jeden Rückschritt bekämpfen wir.

Wir müssen die Demokratie gesamthaft stärken. Graubünden muss seine Institutionen pflegen und den Zugang zur Mitbestimmung so einfach wie möglich gestalten. Nur eine gut informierte Bevölkerung hat die nötigen Voraussetzungen für demokratische Entscheide.

**Unsere Politik:**

## Bildung

- 1. Volksschule für alle:** Die öffentliche Volksschule muss die Beste aller Schulen sein, nur so können wir den Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich entgegentreten. Hierzu braucht es die notwendigen personellen sowie finanziellen Ressourcen. Die SP Graubünden unterstützt die inklusive Schule und setzt sich insbesondere für den Ausbau von Tagesstrukturen und Schulsozialarbeit ein.
- 2. Schule als attraktiver Arbeitsplatz:** Um die Qualität in der Volksschule zu gewährleisten, müssen einheitliche und gute Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen und attraktive Löhne für den ganzen Kanton gelten.
- 3. Frühe Förderung:** Die Basis einer gelingenden Entwicklung von Kindern wird in der frühen Kindheit gelegt. Alle Kinder im Vorschulalter, ihre Eltern und Bezugspersonen brauchen Zugang zu bedarfsgerechten Angeboten der Frühen Förderung (Kitas, Sprachförderung, Spielplätze, Elternberatung, Therapieangebote, usw.).
- 4. Starke Berufsbildung:** Graubünden braucht eine hochwertige Berufsbildung für alle, mit starken Berufsschulen und mit genügend Lehrbetrieben. Der Kanton muss die duale Bildung fördern und sicherstellen, dass Lernende bestmöglich ausgebildet und gerecht entlohnt werden.
- 5. Sprachenvielfalt:** Als einziger dreisprachiger Kanton der Schweiz ist Graubünden mit besonderen Herausforderungen im Schulsystem konfrontiert. Angesichts der prekären Situation des Rätoromanischen steht die Gewährleistung des rätoromanischen Unterrichts bis zur Maturität im Vordergrund. Der Kanton muss die Lehrmittel in allen Kantonssprachen anbieten können. Weiter ist das Modell des zweisprachigen Unterrichts (deutsch/romanisch; deutsch/italienisch) in Deutschbünden punktuell auszuweiten.
- 6. Medienkompetenz und politische Bildung:** Die SP Graubünden fordert einen stärkeren Fokus auf die Vermittlung von Medienkompetenzen und die politische Bildung. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und der Schutz, aber auch die Förderung der Selbstständigkeit und Entscheidungsfähigkeit der Kinder müssen vermehrt in den Fokus rücken.
- 7. Attraktiver Hochschulstandort:** Die Lehre und Forschung an den Bündner Hochschulen müssen der Zukunft der Gesellschaft dienen. Innovative Projekte im Bereich der Nachhaltigkeit sind zu priorisieren.

# KULTUR UND SPRACHE

- 1. Mehrsprachigkeit als gelebte Realität:** Die Kantonssprachen sollen auf allen institutionellen Ebenen gleichberechtigt behandelt werden. Ob in der Verwaltung oder in vom Kanton geförderten Bereichen – die Sichtbarkeit und Gleichbehandlung der Kantonssprachen sind ein zentraler kultureller Wert Graubündens. Ein aktiver Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften ist essenziell, um die gelebte Dreisprachigkeit im Kanton zu erhalten und zu stärken.
- 2. Starke Kulturförderung und soziale Sicherheit für Kulturschaffende:** Der Kanton muss seine Kulturförderung konsequent ausbauen und Kulturschaffenden finanzielle sowie soziale Sicherheit bieten.
- 3. Kulturelle Teilhabe in allen Sprachregionen sichern:** Kultur muss für alle zugänglich sein. Der Kanton soll Kulturschaffende in allen Sprachregionen fördern und sicherstellen, dass Kulturschaffen und Kulturgenuss nicht von Privilegien abhängen.
- 4. Historische Verantwortung übernehmen:** Graubünden muss sich aktiv gegen Nationalismus und Autoritarismus stellen. Dazu gehört auch eine kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte, beispielsweise der Rolle des Kantons während der NS-Zeit oder seiner Rolle im Umgang mit marginalisierten Personengruppen.

# GLEICHSTELLUNG, SCHUTZ UND INKLUSION

- 1. Gleichstellung und Lohngerechtigkeit:** Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Lohntransparenzpflicht und des Aktionsplans „equal21“ sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Kinderbetreuung und flexiblen Arbeitsmodellen.
- 2. Schutz vor Gewalt, Hass und Diskriminierung:** Der Kanton muss alle Menschen vor Gewalt und Diskriminierung schützen. Dazu gehören der Ausbau von niederschweligen Beratungs- und Schutzangeboten, die Erfassung und Bekämpfung von Hassverbrechen sowie gezielte Massnahmen gegen häusliche Gewalt und Menschenhandel.
- 3. Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe:** Graubünden muss für alle lebenswert sein. Wir fordern vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Arbeit sowie Projekte zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

# DEMOKRATIE UND TRANSPARENZ

- 1. Demokratie stärken:** Die SP Graubünden fordert die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Niedergelassene sowie das Stimmrechtsalter 16. Zudem sollen grössere Regionen als Wahlsprengel für die Wahl des Grossen Rates dienen.
- 2. Transparenz:** Der Kanton Graubünden soll eine Gesetzgebung für mehr Transparenz bei der Parteien-, Wahl- und Abstimmungsfinanzierung einführen. Zudem soll das Öffentlichkeitsprinzip für amtliche Dokumente endlich auf alle Gemeinden ausgeweitet werden.
- 3. Starke Gemeinden und Regionen:** Graubünden braucht mehr Partizipation und Professionalität. Die Zahl der Regionen und Gemeinden ist unter Berücksichtigung der topografischen, sprachlichen und kulturellen Gegebenheiten zu überprüfen. Die SP fordert weiterhin eine Reduktion auf maximal 50 Gemeinden. Die Kluft zwischen finanzstarken und finanzschwachen Gemeinden muss kleiner werden.
- 4. Modernes Bürger:innenrecht:** Graubünden muss die Einbürgerung deutlich erleichtern. Die Hürden sind zu hoch. Die vorgeschriebene Wohnsitzdauer muss verkürzt werden, die Einbürgerung unabhängig vom Bezug von Sozialhilfeleistungen und gebührenfrei für junge Menschen sein. Wir fordern eine transparente und einladende Einbürgerungspraxis.
- 5. Medienvielfalt:** Eine funktionierende Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft und einen unabhängigen Journalismus. Wir brauchen Medien, die alle Sprachgruppen repräsentieren und eine informierte Bevölkerung sicherstellen. Der Kanton Graubünden muss eine Lösung finden, um bestehende Medien zu unterstützen und Rahmenbedingungen für mehr Medienvielfalt schaffen.
- 6. Europäischer Zusammenhalt:** Graubünden als Grenzkanton profitiert enorm von einem starken, demokratischen Europa. Wir setzen uns auf nationaler Ebene für ein gutes institutionelles Verhältnis zur Europäischen Union ein und pflegen freundschaftliche Kontakte zu unseren Nachbarregionen und setzen uns für eine konstruktive Zusammenarbeit ein.
- 7. Digitalisierung vorantreiben:** Die Digitalisierung muss auf allen Staatsebenen vorangetrieben und koordiniert werden. Sie soll dazu dienen, staatliche Dienstleistungen einfacher in Anspruch nehmen zu können. Dabei darf niemand zurückgelassen werden und der Schutz der persönlichen Daten muss dabei hohe Priorität haben.
- 8. Zugänglichkeit:** Eine unabhängige kantonale Ombudsstelle soll als Anlaufstelle für Konflikte zwischen Privatpersonen/Organisationen und Behörden dienen. Das stärkt das Vertrauen in die Institutionen.
- 9. Repräsentation:** Graubünden muss für eine repräsentative Vertretung in Politik, Verwaltung und staatsnahen Betrieben sorgen. Wir fordern darum die konsequente Umsetzung des Aktionsplans „equal21“ und des „Manifest GR3“.

## 5. UNSERE ERRUNGENSCHAFTEN UND UNSERE GESCHICHTE

Unser Parteiprogramm zeigt auf, wohin wir Graubünden in den nächsten Jahren bewegen wollen. Es zeigt auf, wie wir uns gegen Klimakrise und Antidemokrat:innen zur Wehr setzen. Es soll kein Papiertiger bleiben, seine Forderungen sollen zu konkretem Fortschritt werden. Denn die letzten Jahre haben gezeigt: Wenn wir uns einsetzen, verändern wir Graubünden zum Guten.

Dank uns hat Graubünden eine im schweizweiten Vergleich vorbildliche Prämienverbilligung. Dank uns hat Graubünden auf die kostspieligen Olympia-Abenteuer mit korrupten Verbänden verzichtet. Dank uns gibt es in Graubünden ein Öffentlichkeitsgesetz. Dank uns hat Graubünden einen Green Deal, der schon viele Investitionen in einen nachhaltigen Gebäudepark ausgelöst hat. Dank uns hat Graubünden einen Digitalisierungsfonds, der den Kanton fit für die Zukunft macht. Dank uns hat Graubünden endlich ein Proporzwahlssystem. Dank uns kann man das Geschehen im Parlament auch per Livestream und mit Übersetzung verfolgen. Dank uns hat Graubünden Kinderbetreuung in allen Talschaften. Dank uns hat Graubünden ein markant höheres Kulturbudget.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wurde 1888 gegründet, und seit 1906 sind wir in Graubünden tätig. Im Landesstreik und als Teil der internationalen Arbeiterbewegung haben wir gemeinsam mit Gewerkschaften zentrale Errungenschaften erkämpft: bessere Arbeitsrechte, faire Löhne und den Aufbau des Sozialstaats. Wir haben uns nicht den Mund verbieten lassen, während unsere Nachbarstaaten unter faschistischer Diktatur standen. Wir haben den gesellschaftlichen Wandel von 1968 im Kanton mitgeprägt und ökologischen und feministischen Fortschritt errungen. Wir haben für die Einführung des Frauenstimmrechts und über hundert Jahre lang für ein gerechtes Wahlsystem in unserem Kanton gekämpft.

Unsere Geschichte lehrt uns: Gemeinsam überwinden wir Hürden, gemeinsam gestalten wir Graubünden, gemeinsam trotzen wir der Autokratie und der Ignoranz. Unsere Antwort auf die Krisen dieser Welt ist die Sozialdemokratie.

## JETZT MITGLIED WERDEN

